

NAHOST

Finanziers des Terrors

Unter dem Eindruck des schweren Anschlags auf einen Bus in Jerusalem, bei dem vorvergangene Woche 21 Menschen getötet wurden, erwägt die EU nun offenbar doch, auch den politischen Arm der islamistischen Hamas auf die Terrorliste zu setzen. Damit könnten die Konten ihrer Unterstützervereine eingefroren werden. Auf dem Außenministertreffen Ende der Woche am Gardasee stehe das Thema „ganz oben“ auf der Agenda, so ein EU-Diplomat. Für die Europäer gehe es jetzt darum, ein „Zeichen zu setzen“. Denn: „Mit einer Befreiungsbewegung hat das nichts mehr zu tun.“ Bei der Entscheidung müsse allerdings auch bedacht werden, warnt eine Sprecherin des EU-Chefdiplomaten Javier Solana, ob man damit womöglich einen neuen Waffenstillstand gefährde. Frankreich, bisher Gegner des Banns, könnte einen EU-Beschluss mit diesem Argument blockieren. Israel zufolge speist sich das Terrornetzwerk der Hamas auch aus angeblich mildtätigen Quellen, die von Wohlfahrtsvereinen und muslimischen Stiftungen erschlossen werden. Etwa 40 Prozent des jährlichen Hamas-Budgets von rund 20 Millionen US-Dollar stammten aus Europa und den USA, der große Rest vor allem aus Saudi-Arabien, behauptet der israelische Terrorspezialist Joni Figchel. „Euro-



Hamas-Kämpfer im Gaza-Streifen, Aufräumarbeiten nach dem



GALI TIBBON / AFP

pa versteht nicht, dass es keinen Unterschied gibt zwischen dem militärischen und dem sozialen Arm der Hamas – es ist eine einzige Terrororganisation“, kritisiert das israelische Außenministerium. Letztlich würde selbst Geld, das der Bevölkerung zufließt, dazu verwendet, Selbstmordattentäter zu rekrutieren. US-Präsident George W. Bush ließ bereits mehrere Konten von Hamas-Anführern sowie von Unterstützervereinen sperren, darunter vier mit Sitz in Frankreich, der Schweiz, Österreich und Großbritannien.

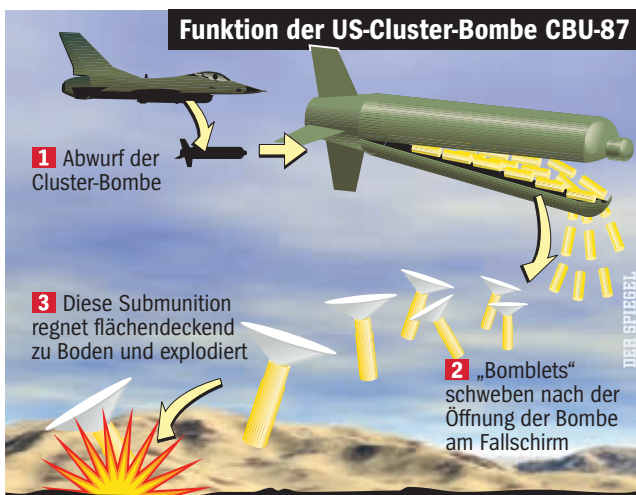
IRAK

Tödliche Altlasten

Clusterbomben entwickeln sich zu einem schweren Problem für die US-Streitkräfte im Irak. In viel größerer Zahl als bislang vermutet liegen sie mit scharfen Zündern sogar in dicht besiedelten Gebieten. Artillerieraketen oder Flugzeugbomben stoßen über dem Gefechtsfeld jeweils bis zu 900 dieser Minibomben aus. Nach Pentagon-Angaben explodieren zwei bis sechs Prozent der Ladungen

nicht. Von den bis zu anderthalb Millionen US-Bomblets, die auf den Irak herabregneten, könnten danach rund 90 000 noch als Blindgänger herumliegen. Doch das scheint nach den Erfahrungen der GIs im Zweistromland noch viel zu niedrig. Dort geht man jetzt von einer Fehlerrate von bis zu 40 Prozent aus. Allein im Raum Kerbela werden noch 100 000 Blindgänger vermutet. Ähnlich mörderische Altlasten kosteten nach dem Golfkrieg von 1991 bislang 1600 Zivilisten das Leben. Nach dem jüngsten Waffengang starben allein in Kerbela binnen 14 Tagen

23 Menschen durch die Minibomben. Nun überdenkt auch das Pentagon den Einsatz der inzwischen weltweit kritisierten Clusterbomben. US-Strategen fürchten die Einschränkung der Bewegungsfreiheit ihrer Truppen. „Wir schaffen auf dem Schlachtfeld Zonen, die wir nicht mehr betreten können“, sagt ein Offizier. Während es in anderen Ländern bereits Streumunition gibt, die sich selbst entschärft, sind solche Sicherheitssysteme in den USA noch in der Entwicklung.



ITALIEN

Eingriff von oben

Der italienische Fußball startet mit Chaos in die neue Saison – vor allem dank politischer Interventionen. Spiele fallen aus, weil viele Vereine auf staatliche Eingriffe mit Streik antworten. Fast alle Clubs sind hoch verschuldet. Die Justiz ermittelt wegen gefälschter Bilanzen und Bürgschaften. Mitte August hatte Regierungschef Silvio Berlusconi seinen Urlaub unterbrochen, um das Durcheinander rund um die erste und zweite Liga höchstpersönlich zu ordnen. Weil das gründlich danebenging, wird er nun von Fans und Clubs attackiert und verspottet. Seit Diktator Mussolini, zürnte ein Vereinspräsident, habe sich kein Politiker so dreist in die Selbstverwaltung der Sportverbände eingemischt. Berlusconi möge doch auch entscheiden, regte ein anderer Kickerchef ironisch an, „wer gegen wen gewinnt und verliert“. Entzündet hatte sich der Streit am sizilianischen Calcio Catania. Der Verein war



Berlusconi

BUZZI / IMAGO



Bombenanschlag in Jerusalem am 19. August

Wie schwierig die Verfolgung der dubiosen Spendensammler ist, zeigt das von Innenminister Otto Schily gegen den palästinensischen Al-Aksa-Verein in Aachen verfügte Spendensammelverbot: Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig stoppte vorläufig die Anordnung. Die Richter befanden, die Verwicklung der Organisation in Terroraktionen sei nicht hinlänglich bewiesen. Zudem gehe von dem Verein keine Gefahr für Deutschland aus. Die israelische Sicherheit sei von „untergeordnetem“ Interesse.

sportlich aus der Serie B, der zweiten Profiligen, abgestiegen und wehrte sich dagegen vor dem Verwaltungsgericht mit Hinweis auf den Regelverstoß eines Konkurrenten. Die Richter gaben den Sizilianern Recht, der Fußballverband hielt jedoch am Abstieg von Catania fest. Da warf sich Berlusconi postfaschistischer Koalitionspartner Alleanza Nazionale (AN) ins Gefecht, um in der AN-Hochburg Catania politische Punkte zu machen. Kurz darauf eilte sogar der Regierungschef selbst zu Hilfe. Per Dekret wurden die Urteile der letzten Monate suspendiert und den Fußballverbänden aufgetragen, neben Catania auch die übrigen Absteiger in der Serie B zu belassen und diese Liga einfach von 20 auf 24 Vereine aufzustocken. Das aber wollen die ursprünglichen 20 B-Vereine nicht hinnehmen. „Mehr konnte ich nicht tun“, versuchte Berlusconi sich daraufhin aus der heiklen Debatte zu schleichen, denn beim Fußball hört bei den Italienern der Spaß auf. Tatsächlich aber laufen alle Fäden bei ihm zusammen: Er ist Eigentümer des AC Milan, sein Statthalter dort ist zugleich Präsident des Verbands der beiden Profiligen. Und auch der amerikanisch-australische Medientycoon Rupert Murdoch, der kürzlich das italienische Pay-TV übernahm und nun mit den Fußballvereinen um das Geld für die Übertragungen streitet, pflegt ein enges Verhältnis zu Berlusconi.

AFRIKA

„Schleichender Völkermord“

Entwicklungshelfer Marcus Sack, 46, arbeitet für die Deutsche Welthungerhilfe in Bunia im Nordosten des Kongo.



GIANLUIGI GUERCI / GALBE.COM

SPIEGEL: Vor vier Wochen ist eine internationale Eingreiftruppe in Liberia gelandet, vor gut zwei Monaten wurden 1400 Soldaten einer EU-Friedenstruppe in Bunia stationiert. Hat das Morden in Afrika nun ein Ende?

Sack: Schön wäre es. Aber ich befürchte, dass hier nur Augenwischerei betrieben wird. Mit großem Pomp und Getöse marschieren die Truppen auf. Die Aktion steht kurz im Blickpunkt; wenig später interessiert sich aber niemand mehr dafür.

SPIEGEL: In Bunia ist es relativ ruhig.

Sack: Das stimmt. Aber nicht weit entfernt von Bunia hält das Morden an. Schon 20 Kilometer vor der Stadt geht der schleichende Völkermord weiter.

SPIEGEL: Warum greift niemand ein?

Sack: Es sind doch viel zu wenig EU-Soldaten hier. Mit 1400 Mann kann man

nicht viel ausrichten. Um das Morden zu beenden, braucht man ein Vielfaches an Soldaten. Und den Willen, wirklich etwas zu ändern.

SPIEGEL: Zweifeln Sie, dass dieser Wille vorhanden ist?

Sack: Manchmal habe ich den Eindruck, dass hier lediglich das Weltgewissen beruhigt werden soll. Man besetzt die Städte, patrouilliert ein bisschen und lässt sich dabei filmen. Das sieht gut aus in den Abendnachrichten.

SPIEGEL: Lässt sich die Situation in Liberia mit der in Bunia vergleichen?

Sack: Ich hoffe, dass dort mehr getan wird. Doch die Nachrichten sind genau so düster. Erst vorletzter Woche sollen im Norden des Landes 1000 Menschen getötet worden sein, während in der Hauptstadt Monrovia Friedenssoldaten durch die Straßen marschierten.



Friedenstruppen in Monrovia



Proteste gegen Blair

GROSSBRITANNIEN

BBC unter Druck

In der Affäre um den Selbstmord des britischen Waffenkontrolleurs David Kelly gerät nach Premier Tony Blair, dessen Intimus und PR-Berater Alastair Campbell vergangenen Freitag seinen Rücktritt ankündigte, nun auch die BBC zunehmend unter Druck. Ihr Vorsitzender Gavyn Davies kündigte vor der Hutton-Untersuchungskommission eine sorgfältige Prüfung der eigenen Berichterstattung an. Zu dem Meinungs-

schwung an der Spitze seines Hauses sieht sich der BBC-Chef offenbar nicht nur durch bohrende Fragen der Ermittler genötigt. Ein hausinterner Aufstand vor allem älterer und erfahrener Journalistenkollegen drängt die BBC-Führung ebenfalls zu Konsequenzen. Der Regierungsbeamte Kelly hatte gleich mehreren BBC-Reportern von Experten-Zweifeln an dem Blair-Dossier berichtet, das den Irak-Krieg mit rechtfertigen sollte. BBC-Radioreporter Andrew Gilligan spitzte die vertraulichen Informationen offenbar noch zusätzlich an. Darüber kam es zum heftigen Streit zwischen Regierung und Sender, Kelly wurde als Informant enttarnt. Obwohl der Reporter keine detaillierten Aufzeichnungen über seine Recherchen vorweisen konnte, stellte sich der BBC-Rundfunkrat zunächst bedingungslos vor ihn. Jetzt räumte Davies ein, dass eine Überprüfung des Wahrheitsgehaltes „im Wortsinne unmöglich“ gewesen sei. Nun will die BBC über eine Verschärfung ihrer journalistischen Regeln nachdenken. „Neue Methoden, wie wir unsere sachlichen Fehler korrigieren“, fordert auch Reporter-Veteran John Simpson.